Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Dammbach vom Freitag, 21.08.2015 um 19:30 Uhr im Rathaus, Wintersbacher Str. 141, Dammbach

Teilnehmer:

1. Bürgermeister

Bauer, Roland CSU/FWG

Mitglieder Gemeinderat

Amrhein, Rigobert UWG

Amrhein, Waltraud UWG

Bauer, Karl CSU/FWG

Beck, Markus CSU/FWG

Englert, Adolf CSU/FWG

Hock, Franz UWG

Lattus, Christian CSU/FWG

Spielmann, Patrick CSU/FWG

Verfürth, Steffen UWG

Wirth, Christian CSU/FWG

Schriftführer

Klameth, Karl-Heinz

Gast

Dipl.-Ing. Karl-Heinz Meyer - Fa. Wölfel, beratende Ingenieure GmbH & Co. KG zu TOP 2 Ö-Sitzung

Entschuldigt:

Mitglieder Gemeinderat

Brand, Günter UWG

Schäfer, Ralf UWG

1. Begrüßung und Protokollanerkennung

Der Bürgermeister begrüßte die anwesenden Gemeinderäte und die zahlreichen Zuhörer. Einwendungen gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

1.1. Bürgerfragestunde

1.1.1. Ulrike Nothofer

Ulrike Nothofer meldete sich und stellte fest, dass sie weder einen Mäher von der Gemeinde ausgeliehen noch diesen verloren habe.

Sie wollte, dass der Bürgermeister dies richtig stelle.

Der Bürgermeister beteuerte, dass er eine solche Behauptung niemals aufgestellt habe.

Er forderte Ulrike Nothofer auf zu sagen wer dies geäußert habe.

Ulrike Nothofer meinte, dass u. a. ein Gemeinderat eine derartige Äußerung gemacht habe.

Eine solche Äußerung sei in öffentlicher Fraktionssitzung in der Gaststätte gefallen.

Auch am Nachbartisch hätten dies Leute gehört.

Der Bürgermeister versicherte nochmals, dass er eine solche Äußerung nicht gemacht habe.

Fakt sei, dass ein Mäher abgängig sei, weil ihn ein Bauhofmitarbeiter stehen gelassen habe und der Mäher nicht mehr gefunden werden konnte.

Aufgefordert Ross und Reiter zu nennen verweigerte der Bürgermeister und stellte nur fest, dass man unterschiedliche Mitarbeiter habe.

Dies rief den Protest einiger Gemeinderäte hervor, welche meinten, dass der Bürgermeister Ross und Reiter nennen solle.

Dies wurde vom Bürgermeister, abgelehnt und auf die nichtöffentliche Sitzung verwiesen mit der Begründung, dass er seinen Bauhof nicht in der Öffentlichkeit kritisieren werde.

1.1.2. Elisabeth Arnold

Elisabeth Arnold richtete das Wort an die Gemeinderäte wegen des vorgeschlagenen absoluten Halteverbotes im Heppenweg.

Sie führte aus, dass sie einen Gewerbebetrieb aufgebaut habe.

Die Nachbarn seien sich komplett einig und auch die Familie Fries sei anwesend.

Man wolle kein absolutes Halteverbot.

Das Gasthaus bzw. Landhaus Hochspessart gebe es schon 180 Jahre.

Seit dem Jahr 2000 mache sie sehr viel Werbung, auch für die Gemeinde Dammbach insgesamt, mit ihrem Geschäft „Landhausmoden“.

Sie habe die Gaststättenkonzession und wolle diese auch weiter aufrechterhalten.

Niemand wolle das absolute Halteverbot.

Die Probleme, die es vor fünf Jahren gegeben habe, gebe es jetzt nicht mehr weil man sich einig sei.

Sie wünschte sich noch, dass solch einschneidende Themen bevor sie im Gemeinderat behandelt sind erst mit den Anliegern besprochen werden.

1.1.3. Simone Fries

Zur gleichen Sache meldete sich Simone Fries als direkt Betroffene. Sie bestätigte die Worte von Frau Arnold und bat ebenfalls darum kein absolutes Halteverbot im Heppenweg festzulegen, man habe keinerlei Verkehrsprobleme miteinander.

1.1.4. Daniel Barthel

Daniel Barthel ging es um den Maibaum. Der Bürgermeister berichtete, dass das Thema im Gemeinderat noch drankomme.

1.2. Protokollanerkennung

Einstimmig wurde das Protokoll bei Enthaltung des in der letzten Sitzung fehlenden Christian Lattus anerkannt.

2. Lärmessungen in der Ortsdurchfahrt , Staatsstraße 2317

2.1. Lärmessungen in der Ortsdurchfahrt der Staatsstraße 2317. Uns steht für Fachauskünfte und Erläuterung Herr Dipl.-Ing. Karl-Heinz Meyer von der Fa. Wölfel beratende Ingenieure GmbH & Co KG, „Höchberg, zur Verfügung

Herr Meyer erläuterte die Unterschiede zwischen einer Lärmberechnung, wie sie das Staatliche Bauamt der Gemeinde bereits angeboten hatte, sehr ausführlich. Er sicherte auf Fragen aus dem Gremium zu, dass er die wesentlichsten Aussagen seines fundierten Vortrages in schriftlicher Form zur Verfügung stellen wird. Herr Meyer war auch bereit detaillierte Fragen aus dem Gremium aber auch von den Zuhörern, z. B. von Herrn Christoph Anderl zu beantworten. Er ging letztlich davon aus, dass im Ortsteil Krausenbach maximal zwei Messpunkte benötigt würden.

Als Referenzobjekt berichtete er von einer Lärmessung für die Gemeinde Karlstein im Bereich Dettingen-Lindigsiedlung.

Er betonte, dass für eine Schallimmissionsprognose, die das Staatliche Bauamt angeboten hatte, eine Reihe von Vorgaben wie z. B. Mittelwert der Fahrzeuge, die Fahrzeugarten, die zulässige Höchstgeschwindigkeit, der Fahrbahnzustand etc. eine Rolle spielen. Dem gegenüber sind Lärmessungen immer nur Situationsaufnahmen.

Zwei Messstellen dürften in Dammbach wohl ausreichend sein und zwar in einem Bereich mit lockerer Bebauung und einmal in einer richtigen Straßenschlucht mit Reihenhausbebauung. In der Diskussion erwähnt wurde, dass eine elektronische Messung erfolgt ist.

Herr Meyer warf auch die Frage auf, was mit solchen Messungen erreicht werden solle. Schließlich wolle jeder Autofahren. Es sei sehr problematisch solche Messungen zu machen, ohne eine Alternative für die Verkehrsführung zu haben.

Als Alternative wurde aus dem Gemeinderat erwähnt, dass z. B. der LKW-Verkehr eingeschränkt oder ganz über die Autobahn ins Maintal geleitet werden sollte.

Erwähnt wurde auch, dass durch die elektronische Fahrzeugmessung ziemlich genau bekannt ist wie viel Fahrzeuge die Ortsdurchfahrt täglich nutzen.

Bezüglich lärmreduzierender Maßnahmen, nach denen ebenfalls gefragt wurde, stellte Herr Meyer fest, dass in erster Linie Lärmschutzwände Lärm mindern, dies aber wohl nicht infrage komme.

Flüsterasphalt bringe bei Geschwindigkeitsreduzierung 30 km/h nichts, bei 50 km/h aber schon. Vor allen Dingen bei LKWs sei dies der Fall.

Flüsterasphalt sei allerdings sehr teuer und nach 5 Jahren habe sich der offenporige Asphalt zugesetzt, so dass der Effekt wieder mehr oder weniger weg sei.

Eine Geschwindigkeitsreduzierung für LKWs von 50 km/h auf 30 km/h bringe schon etwas, wobei auch das individuelle Fahrverhalten hier entscheidend sei.

Auch bezüglich von Gebäuden meinte Herr Meyer, dass sich insbesondere bei schlechten Fundamenten Erschütterungen von der Straße auch in Gebäudewände fortpflanzen könnten.

Herr Meyer versicherte, dass die meisten Kommunen den Berechnungsweg gehen.

Die Kosten für zwei Messpunkte bei Messungen über 10 Tage schätzte Herr Meyer auf ungefähr 4.500 Euro für den ersten Messpunkt, samt Einrichtung des nötigen Equipments plus 1.500 Euro für den zweiten Messpunkt, aber nur ganz grob als „Hausnummer“ überschlägig betrachtet.

Der Bürgermeister dankte Herrn Meyer für seine kompetenten Ausführungen und verabschiedete diesen aus dem Gemeinderat.

2.2. Plakate gegen Verkehrslärm

Er schlug vor, gegen die Lärmbelästigungen in den Ortsdurchfahrten Krausenbach und Wintersbach ein Zeichen zu setzen, indem man z. B. 1 qm große Plakate genehmigungsfrei erstelle, umso mehr Bewusstsein zu schaffen und den Protest aus der Bevölkerung an die Öffentlichkeit und nicht zuletzt an die durchrasenden Verkehrsteilnehmer zu übermitteln.

Der Bürgermeister konnte sich da einige plakative Aussagen vorstellen.

Ein Gemeinderat schlug vor, diesen neuen Vorschlag im Verkehrsteam vorzubesprechen.

Dieses Kompetenzteam habe sich schon viele Gedanken gemacht. Der Bürgermeister stellte klar, dass man doch gemeinsam an der Problematik arbeitet und es dabei unwichtig ist wer die Sache voranbringt.

Ein Gemeinderat zeigte sich skeptisch, verwies auf die Tafel an der Ortsdurchfahrt Sommerau und fragte sich, was dies wohl bringen solle.

Der Bürgermeister wollte seinen Vorschlag zur Abstimmung stellen.

Mehrere Gemeinderäte sprachen sich dagegen aus.

In der nächsten Sitzung könne man immer noch entscheiden.

Die Sache kommt deshalb als Punkt auf die nächste Tagesordnung.

3. Ortsübliche Vorbehandlung von Baugesuchen

3.1. Tektur zum Bauantrag Wohnhausanbau Krausenbacher Straße 92, Dammbach, von Tanja und Wolfgang Knecht (Anlage)

Einstimmig wurde dem Tekturantrag von Tanja und Wolfgang Knecht, Krausenbacher Straße 92 zugestimmt.

3.2. Anzeige zur Beseitigung einer Lagerhalle, Krausenbacher Str. 89 ; Bauherr: Fäth Florian (Anlage)

Einstimmig wurde die Anzeige zum Abbruch einer Lagerhalle zur Kenntnis genommen. Gemeindliche Einwendungen werden nicht erhoben.

3.3. Info zu Stützmauern am Anwesen Schnorrenhöhe 13

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, der isolierten Befreiung zuzustimmen. Sollte ein Bauantrag von den Eheleuten Salg eingereicht werden, wonach die jetzt vorhandenen Mauern belassen werden wie sie sind, trägt der Gemeinderat dies eindeutig mit und beschließt schon jetzt vorab, dass er auch einem entsprechenden Bauantrag zustimmt.

3.4. Naturpark Spessart

Kritisiert wurde, dass im Naturpark Spessart mit sehr unterschiedlichem Maß gemessen werde.

Während an der Autobahn alles Mögliche an Erdbewegungen und Naturzerstörung möglich sei, mache man hier kleinen Häuslebauern Schwierigkeiten.

4. Radwegeanschluss Neuhammer über Hobbach/Rosenbuckel, nachdem ein erster Planentwurf vorliegt, weitere Vorgehensweise und Beschlussfassung hierzu (Anlage)

Bereits mit der Einladung hatten die Gemeinderäte hierzu Unterlagen erhalten.

1. Bürgermeister Roland Bauer bedankte sich bei Herrn Baudirektor Biller, welcher Wort gehalten und eine detaillierte Ausarbeitung für den Radwegeanschluss über den Dammbach und das Dammbachtal hinweg vorgelegt habe.

Er berichtete weiter, dass bereits eine Anfrage beim Amt für Ländliche Entwicklung nach möglichen Zuschüssen laufe.

Das Amt für Ländliche Entwicklung hatte eigentlich bereits eine Mitfinanzierung des Radweges zugesagt.

Dies kam nicht zum Tragen, weil aus dem staatlichen Radwegeprogramm für Staatsstraßen begleitende Wege 85 % Zuschuss erzielt werden konnte.

Beim Amt für Ländliche Entwicklung habe es dagegen nur maximal 50 % gegeben.

Einzelne Gemeinderäte hielten die Pläne für ausreichend bzw. meinten, dass bereits vorhandene Pläne Verwendungen finden sollten.

Der Schriftführer merkte an, dass lediglich eine landschaftspflegerische Vorplanung von Herrn Streck vorliege.

Richtig sei, dass man z. B. bezüglich der hydraulischen Berechnung (Abflussverhältnisse des Dammbachs) und auch bei Baugrunduntersuchungen auf Werte von der Radwegebrücke, die im vergangenen Jahr gebaut wurde, zurückgreifen könnte.

Diese Unterlagen liegen dem Büro Arz bereits vor.

Franz Hock meinte, dass der Radweg entlang der Staatsstraße in dieser neuen Trassenführung entfalle.

Der Bürgermeister widersprach dem ganz klar und stellte fest, dass dieser Radwegeführung über das Dammbachtal in Richtung Hobbach / Rosenbuckel nichts mit den Plänen des Staatlichen Bauamtes für den Ausbau der Staatsstraße im Neuhammer zu tun habe.

Herr Biller habe klar geäußert, dass dieser Radweg straßenbegleitend zur Fahrbahn der Staatsstraße 2317 im Neuhammer gebaut werde.

Den gemeindlichen Planungen kommt sehr entgegen, dass laut dem rechtsverbindlichen Flächennutzungsplan, welcher ja die Behörden eigentlich bindet, die für die Radwegeverbindung in Richtung Hobbach benötigte Wiesenfläche des Grundstücks Fl.-Nr. 3787/3 als gewerblich nutzbares Gebiet dargestellt ist.

Auch die Führung des Radweges im ersten Abschnitt auf einer Art Damm dient auf jeden Fall der Hochwassersicherheit der ersten Häuser im Neuhammer und stellt diese sehr wahrscheinlich hochwasserfrei.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat diese Lösungsmöglichkeit zur Anbindung des Radweges an das Netz im Elsavatal weiter zu verfolgen.

Bei einer Gegenstimme wurde weiter beschlossen, das Büro Arz um eine Kostenschätzung für die Planung dieser Lösung zu bitten.

Eine Kopie aus dem verbindlichen Flächennutzungsplan ist in der Anlage beigefügt.

5. Kostenschätzung für Erneuerung der Stützmauer "Alte Kreisstraße" im Weiler Neuhammer und Grenzermittlung, Beschlussfassung hierzu (Anlage)

Die Gemeinderatsmitglieder hatten mit der Einladung bereits die Vorlage 084/2015 erhalten. Der Sachverhalt wurde sehr intensiv diskutiert.

Der Bürgermeister berichtete, dass er mit Vorarbeiter Robert Herrmann gesprochen habe und dieser skeptisch sei, ob die Arbeiten unter Bauleitung von Herrn Brückner zusammen mit dem Bauhof ausgeführt werden können.

Der Bauhof sei hierzu sicherlich in der Lage und man könne hierbei schon auch viel Geld für die Gemeinde sparen.

2. Bürgermeister Christian Wirth war der Meinung, dass er bei einer Schwerlastmauer schon Bedenken habe. Bei L-Steinen sehe er eher die Möglichkeit, dass der Bauhof tätig werde.

Adolf Englert meinte, dass auch ein Geländer angebracht werden müsste.

Konkret gefragt, was der Bauhof zur Sache sage, stellte der Bürgermeister fest, dass man dort eher mit „jein“ als mit ja oder nein antworte.

Berichtet wurde auch, dass eine Grenzeinmessung beantragt wurde.

Franz Hock erwähnte, dass vermutlich auf einem Stein der abgestürzten Mauer das Grenzzeichen angebracht war.

Das Grenzzeichen ist natürlich wichtig, um die Mauer auch wirklich auf öffentlichem Grund zu errichten.

Letztlich legte der Gemeinderat mit Mehrheit gegen die Stimmen von Rigobert Amrhein, Waltraud Amrhein, Franz Hock und Karl Bauer fest, dass die Mauer komplett mit L-Steinen erneuert wird, ohne Verblendung mit Sandsteinen. Anschließend soll die Mauer mit Efeu oder wildem Wein etc. eingegrünt werden. Die Arbeiten soll der gemeindliche Bauhof ausführen.

6. Mögliche Änderung des Bebauungsplanes "Jochenhöhe" (Anlage)

Der Bürgermeister nahm Bezug auf die Vorlage 064/2015. Er schlug ein Gespräch mit Frau Kreisbaumeisterin Elisabeth Freytag vor, bei dem ein Handlungsfaden für die künftige Erteilung von isolierten Befreiungen erarbeitet werden sollte.

Die Aufstellung eines Bebauungsplanes sollte zunächst zurückgestellt werden.

Dies wurde bei einer Gegenstimme von Rigobert Amrhein und in Anwesenheit von Patrick Spielmann, welcher den Sitzungsraum verlassen hatte, beschlossen.

Im Zusammenhang mit diesem Punkt kritisierte Franz Hock, dass mehrere Büros davon gesprochen hatten, dass der Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren geändert werden könnte.

Herr stellv. Geschäftsleiter Matthias Hanakam habe dies anders dargestellt.

Es sei schwierig in solchen Rechtsfragen zu entscheiden, wenn widersprüchliche Aussagen kommen.

7. 1. Änderung der Satzung für die öffentliche Entwässerungseinrichtung der Gemeinde Dammbach vom 01.04.2014, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt Nr. 50 vom 12.12.2014 (Anlage)

Der Bürgermeister nahm Bezug auf die Vorlage Nr. 079/2015, die alle Gemeinderäte erhalten hatten.

Einstimmig wurde der entsprechenden Satzungsänderung zugestimmt.

8. Antrag vom Gesangverein Spessartwald auf Aufstellung eines Maibaums am neuen Rathaus (Anlage)

Der Bürgermeister berichtete hierzu, dass man bereits einen Schacht in die Außenanlage des Rathauses eingelassen habe.

In diesen Schacht müsste das Gestänge für die Aufstellung eines Maibaums einbetoniert werden.

Zur Frage, ob ein Fest im Bereich des Feuerwehrgerätehauses / Rathauses möglich sei, habe man eine Anfrage beim Landratsamt Aschaffenburg als zuständige Genehmigungsbehörde eingereicht.

Geäußert wurde, dass ein Maibaum an dieser Stelle nur ein Dammbacher Maibaum sein könne.

Es wurde davon gesprochen, dass es ein Witz sei, wenn man mehrere Maibäume im Dorf aufstelle.

Der Bürgermeister stellte fest, dass dies schon über 20 Jahre regelmäßig so erfolge.

Nachdem sich Daniel Barthel zu Wort meldete, wurde ihm im Gemeinderat Rederecht gewährt.

Daniel Barthel führte aus, dass er mit dem Musikverein Dammbachklänge Wintersbach bereits gesprochen habe. Der Musikverein wolle für die kommenden zwei Jahre noch wegen der laufenden Versicherung sein eigenes Fest in Wintersbach abhalten und komme dann zum gemeinsamen Maibaumfest hinzu.

Es wurde vorgeschlagen, dies vorzuziehen und gemeindlicherseits die Versicherungskosten für die zwei Jahre für den Musikverein Dammbachklänge zu übernehmen, um das einheitliche Fest schon im kommenden Jahr zu gewährleisten.

Ein Gemeinderat wollte die Abstimmung verschieben und erst mit den beteiligten Vereinen sprechen.

Der Bürgermeister stellte fest, dass er keinen Verein unter Druck setze.

Er freue sich sehr, dass der Musikverein Dammbachklänge in zwei Jahren kommen wolle.

Natürlich könne man anbieten, dass man die Versicherung übernehme, sodass ein gemeinsames Fest und eine gemeinsame Feier schon im kommenden Jahr möglich wäre.

Keinesfalls werde er hier irgendeinen Verein unter Druck setzen.

Er warte die Entwicklung einfach ab.

Festgestellt wurde, dass viele gelächelt hätten, als man ein gemeinsames Rathaus und Feuerwehrhaus angegangen sei.

Jetzt zeige sich, dass man in die richtige Richtung gehe.

Es wurden Gespräche mit dem Musikverein Dammbachklänge Wintersbach vor der Entscheidung für erforderlich gehalten.

Der Bürgermeister schlug vor, dass die betreffende Person die Gespräche doch übernehmen sollte.

Ein Gemeinderat meinte, dass Haushaltsmittel ziemlich knapp seien und man den Antrag vertagen sollte.

Dies lehnte der Bürgermeister ab. Er hatte schon in seiner Information ausgeführt, dass man einen Bauplatz veräußern könne und deshalb auch bei knapper Haushaltslage sich das Gestänge für die Errichtung eines Maibaums am Rathaus und Feuerwehrhaus noch leisten könnte.

Der Bürgermeister schlug vor, die Halterung einfach anzubringen und dann abzuwarten was komme.

**Dieser Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich angenommen.
Gegenstimmen kamen von Rigobert Amrhein, Waltraud Amrhein und Franz Hock.**

Das Angebot mit der Übernahme der Versicherungsprämie für zwei Jahre an den Musikverein Dammbachklänge Wintersbach wird unterbreitet.

Vor der Entscheidung hatte Daniel Barthel klar gemacht, dass man leider nicht länger zuwarten könne und der Krausenbacher Maibaum auf jeden Fall ersetzt werden müsse.

Adolf Englert hatte angeregt, einen stählernen Maibaum aufzustellen, um die leidigen Probleme mit Versicherung und evtl. Schäden zu vermeiden.

9. Beratung und Beschlussfassung zum abschließenden DSL Breitbandausbau in Dammbach, wie vom Internetpaten Patrick Spielmann in der letzten Gemeinderatssitzung vorgetragen

Der Bürgermeister verlas die Protokollierung von TOP 14.8 der letzten Sitzung.

Er erwähnte noch, die Anregung des Internetpaten Patrick Spielmann, dass man mit dem Bayernwerk Kontakt aufnehmen, um möglichst noch die Dachständer auch in den Straßen Frühlingsstraße, Grabenweg, Kehrweg und Mühlgasse zu entfernen und auch die Stromversorgung für die einzelnen Häuser zu verkabeln sollte.

Einstimmig wurde der in TOP 14.8 des Protokolls vom 17.07.2015 festgehaltene DSL-Ausbau für die Gemeinde Dammbach beschlossen.

10. Verkehrsrechtliche Anordnungen für die Straßenzüge Heppenweg/Eichhecke/Gartenstraße

Die Vorlage 082/2015 wurde durchgesprochen.

Christian Wirth regte an, solche Vorlagen auch immer mit Plänen zu versehen, damit man sich ein Bild machen könne, wo welche Verkehrszeichen aufgestellt werden.

Im Einzelnen wurde Folgendes beschlossen:

1. **Die Höhenbeschränkung auf 6,50 m für den Heppenweg wird entfernt.**
Herr Philipp, welcher unter den Zuhörern anwesend war, berichtete von einem Gespräch mit dem Landratsamt und dass es lächerlich sei, eine solche Anordnung zu treffen. Die Überspannhöhe sei mit 6,50 m so hoch, dass sie von keinem Fahrzeug tangiert werde. Selbst an Autobahnen seien solche Höhen nicht gegeben.
2. **Die Straßenzüge Eichhecke, Gartenstraße und Heppenweg innerhalb der Ortslage werden zur verkehrsberuhigten Zone mit 30 km/h erklärt.**
Dies bedeutet, dass
 - a) am Anwesen Hofmann in der Eichhecke - 30 km/h
 - b) am Anwesen Landhaus Hochspessart und – 30 km/h
 - c) vom Waldhotel kommend direkt am ersten Haus ein 30 km/h Zonenschild jeweils in Fahrtrichtung aufgestellt.
3. **Die Freistrecke des Heppenweges wird auf 50 km/h beschränkt. Dazu werden am Ortsende und ab dem untersten Parkplatz Verkehrszeichen mit Höchstgeschwindigkeit 50 km/h aufgestellt.**
4. **Der Heppenweg ist vorfahrtsberechtigt, d. h. die beschildernde Richtung bzw. die Ausrichtung bleibt unverändert.**
In der Gartenstraße muss ein Vorfahrt achten Schild (Verkehrszeichen 205) aufgestellt werden.
Dieses Verkehrszeichen muss in Fahrtrichtung rechts, d. h. an die Ecke zum Anwesen Otto Schäfer angebracht werden.
Außerdem muss in Fahrtrichtung rechts vom Heppenweg in Richtung Krausenbacher Straße am Anwesen Arnold das Verkehrszeichen 301 - Vorfahrt für die nächste Einmündung - welches dann die Gartenstraße ist, aufgestellt werden.
5. **Das absolute Halteverbot bei einer Länge von ca. 18 m vor den Anwesen Arnold und Schäfer Otto sowie Eheleute Fries wird ersatzlos gestrichen.**

Einstimmiger Beschluss.

11. Verschiedenes

11.1. Kostenübersicht der Gemeinde Dammbach für das 24 Stunden Wandern/ Bayern - im Spessarträuberland (Anlage)

Der Bürgermeister gab die Beträge anhand eines Aktenvermerks des Kämmerers vom 12.08.2015 bekannt.

Danach wurden 3.163,51 € ausgegeben.

Hinzu kommen Personalkosten der Gemeindearbeiter. Den größten Teil der Ausgaben stellten die 15 € pro Person die eine Station während der Nachtstunden gestaltet haben dar. Alleine der Gesangverein Spessartwald habe sich vorbildlich mit 49 Personen beteiligt und 735 € erhalten.

Der Gemeinderat nahm die Information zur Kenntnis.

11.2. Reparatur des Stromkastens am Maria-Stern-Platz - die Rechnung wurde gezahlt

Der Bürgermeister ergänzte, dass die Rechnung über knapp 550 Euro von der Baufirma, der Firma Aulbach, Aschaffenburg, beglichen wurde und die Gemeinde hier auf keinen Kosten sitzengeblieben ist.

11.3. Jochenhöhe - Kinder bekommen Nestschaukel

Der Bürgermeister berichtete, dass die Nestschaukel bereits bestellt wurde. Er habe einen Sponsor gefunden welcher die 500 Euro, die der Gemeinderat zur Voraussetzung für die Bestellung gemacht hatte, spendet. Der Spender möchte anonym bleiben.

Der Gemeinderat nahm die Information zur Kenntnis.

11.4. Flächen die mit dem Unimog - U 300 gemulcht werden (Anlage)

Der Bürgermeister gab die als Anlage dem Protokoll beigefügte schriftliche Ausarbeitung des Vorarbeiters Robert Herrmann bekannt.

Die Vorlage 080/2015 ist damit ebenfalls erledigt.

Der Bürgermeister stellte fest, dass erst dann wenn eine größere Reparatur an dem Astabschneidegerät anstehe oder dieses vielleicht sogar erneuert werden müsse, man hier über eine Änderung und Fremdvergabe der Arbeiten nachdenken sollte.

11.5. Verbesserung der Zufahrt zum Hofgut Hundsrück

Der Bürgermeister berichtete von den Schreiben an Herrn Fuchs und dass er keinerlei Rückantwort erhalten habe.

Er bat Waltraud Amrhein mit Herrn Fuchs zu sprechen, nachdem sie evtl. hier bessere Kontakte habe.

Frau Amrhein sicherte dies zu und wird in der Verwaltung wegen der Unterlagen noch vorsprechen.

11.6. Einladung der Kerbgemeinschaft Krausenbach

Der Bürgermeister bat seine Räte inständig ihn auch bei der Kirchenparade zu begleiten. Einlader sind der TSV Krausenbach, der Gesangverein Spessartwald, der Obst- u. Gartenbauverein Dammbach und der Musikverein Dammbachtaler Krausenbach sowie der Feuerwehrverein Krausenbach.

Natürlich sollten die Gemeinderäte auch die Veranstaltung selbst unterstützen.

11.7. Erhöhte Kosten für die Gemeinde Dammbach aus der Doppelbesetzung der Geschäftsleiterstelle in der Verwaltungsgemeinschaft Mespelbrunn

Franz Hock monierte, dass er zu dieser Nachfrage noch immer keine Antwort erhalten habe. Der Bürgermeister stellte fest, dass er die Anfrage an den Gemeinschaftsvorsitzenden weitergeleitet habe, dieser sei zuständig.

Er bat Franz Hock sich diesbezüglich an Herrn 1. Bürgermeister Erich Schäfer zuwenden. Für ihn sei der Punkt nicht mehr offen.

Er habe dies jedenfalls erledigt und weitergeleitet.

Franz Hock sah dies anders. Er stellte fest, dass eine Antwort bis heute ausstehe.

11.8. Offene Punktliste

Berichtet wurde, dass man eine eigene offene Punktliste erstellt habe.

Einen entsprechenden Hinweis, wo man die Liste finde, erhalten alle Gemeinderäte und auch die Verwaltung.

Die Liste werde nicht nur erstellt, sondern auch gepflegt.

Kritisiert wurde, dass diese offenen Punkte nicht Thema der Tagesordnung waren.

Der Bürgermeister entschuldigte sich hierfür und sicherte zu, dies als Tagesordnungspunkt in der nächsten Ladung mit aufzunehmen.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgten, schloss der 1. Bürgermeister Roland Bauer die öffentliche Sitzung um ca. 22:30 Uhr.

Ende der Sitzung 22:30 Uhr

Roland Bauer
1. Bürgermeister

Karl-Heinz Klameth
Schriftführer